

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 14.03.2019

**AN/0359/2019**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Wirtschaftsausschuss	21.03.2019

**Was tut der Stadtvorstand für sichere Arbeitsplätze und den sozialen Frieden am Flughafen Köln/Bonn?**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,  
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender van Geffen,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Wirtschaftsausschusses zu nehmen:

In einer Pressemitteilung vom 7. März 2019 informiert die Gewerkschaft ver.di über ein Schreiben der Geschäftsführung der Flughafen Köln/Bonn GmbH an die Belegschaft des Flughafens vom 5. März 2019. Diesem Schreiben zufolge müsse der Aufsichtsrat Ende März über „einschneidende Schritte zur Zukunft für den Bodenverkehrsdienst entscheiden“, da die Gespräche mit dem Betriebsrat und ver.di aus Sicht der Geschäftsführung kein zufriedenstellendes Ergebnis“ erbracht hätten.

Entsprechend einem im November 2018 mit der Flughafen Köln/Bonn GmbH vereinbarten Eckpunktepapier hat die Gewerkschaft ver.di Verhandlungen mit der Flughafen Köln/Bonn GmbH über die Zukunft der Bodenverkehrsdienste geführt und dabei das Ziel verfolgt, die Bodenverkehrsdienste im Unternehmen zu halten und eine Ausgründung der Bodenverkehrsdienste in eine nicht an die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes gebundene Tochtergesellschaft mit Löhnen im Niedriglohnssektor zu vermeiden.

Die Ablehnung einer Beschäftigungsgarantie trotz weitgehender Zugeständnisse der Gewerkschaft und des Betriebsrates in diesen Gesprächen steht nach dieser Pressemitteilung im Zusammenhang einer Präferenz des Aufsichtsratsvorsitzenden der Flughafen Köln/Bonn GmbH, Friedrich Merz, für eine Ausgründung der Bodenverkehrsdienste.

Eine solche Ausgründung würde für die Beschäftigten zu massiven Einschnitten in die Vergütung oder gar zum Verlust des Arbeitsplatzes führen, befürchtet die Gewerkschaft ver.di und kündigt für diesen Fall „harte Konsequenzen“ an: „Die Zeichen stehen auf Streik.“

Über diese unmittelbaren Konsequenzen hinaus weist in der angesprochenen Pressemitteilung der Betriebsratsvorsitzende der Flughafen Köln/Bonn GmbH nachdrücklich darauf hin, dass mit einer solchen Ausgründung der „Kölner Weg“ flächendeckender Tarifbindung in einem öffentlichen Unternehmen aufgegeben werde, der den Flughafen bundesweit einmalig in öffentlicher Hand erfolgreich gemacht habe.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wann und mit welchem Ergebnis hat sich der Stadtvorstand mit der Frage befasst, wie die Stadt Köln als Miteigentümerin der Flughafen Köln/Bonn GmbH zu einer drohenden Ausgründung der Bodenverkehrsdienste steht und wie sie den faktischen Abbruch der Gespräche mit der Gewerkschaft ver.di und dem Betriebsrat durch die Geschäftsführung bewertet?
2. Welche Möglichkeiten sehen der Stadtvorstand, die Oberbürgermeisterin und die Verwaltung, einer möglichen Zuspitzung der Auseinandersetzung um die Bodenverkehrsdienste bis hin zu Arbeitskämpfmaßnahmen, welche mit einer Beeinträchtigung des Flugverkehrs verbunden sein könnten, entgegenzuwirken?
3. Hält der Stadtvorstand am bisherigen Konsens über den bundesweit einmaligen ‚Kölner Weg‘ fest, den Flughafen als Unternehmen in öffentlicher Hand mit tarifvertraglich geschützten Arbeitsverhältnissen erfolgreich zu betreiben und wie begründet er seine Haltung zu dieser Frage?
4. Wie bewerten Stadtvorstand, Oberbürgermeisterin und Verwaltung eine mögliche Ausgründung der Bodenverkehrsdienste mit dem Ziel einer Unterschreitung der Tarifverträge des öffentlichen Dienstes im Hinblick auf eine mögliche Signalwirkung auf die Beschäftigten anderer öffentlicher Unternehmen in städtischem Eigentum?
5. Haben Stadtvorstand, Oberbürgermeisterin und Verwaltung bei der bisherigen Bewertung einer möglichen Ausgründung der Bodenverkehrsdienste in Erwägung gezogen, dass Beschäftigte aufgrund der damit verbundene Einschnitte bei den Arbeitseinkommen zukünftig als Aufstocker\*innen Ansprüche nach dem ALG II haben könnten, für die öffentliche Haushalte und die die Stadt Köln aufkommen müssten?

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Michael Weisenstein

Geschäftsführer

Fraktion DIE LINKE